

Rohstoffausbeutung und nachhaltige Entwicklung

Die Weltbank im extraktiven Sektor

Uwe Hoering, Februar 2004

Erschließung und Nutzung von Bodenschätzen sind ein wichtiger Schwerpunkt der Politik der Weltbank. Die erheblichen Umwelt- und sozialen Schäden, die mit dem Abbau und dem Einsatz von Kohle, Erzen und Mineralien, Erdöl oder Erdgas einhergehen, sind immer wieder heftig kritisiert worden. Um zukünftig den Beitrag dieser extraktiven Industrien (EI) zu einer nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen, empfiehlt der jüngst vorgelegte Salim-Bericht nun der Weltbank einen drastischen Politikwechsel – doch der ist, nach den ersten Stellungnahmen zu urteilen, unwahrscheinlich.

1. Rolle und Einfluss der Bank

In den sechziger und siebziger Jahren konzentrierte die Weltbankgruppe (WBG) ihr Engagement in den extraktiven Industrien in den Ländern des Südens auf die Erschließung und den Abbau von Bodenschätzen. Ab den achtziger Jahren betrieb sie dann zunehmend aktiv Sektorreformen und die Kommerzialisierung und Privatisierung von Staatsunternehmen. Attraktive Investitionsbedingungen und Anreize haben zu einer deutlichen Steigerung ausländischer Investitionen in diesen Bereichen geführt. So stieg der Anteil Afrikas an den Investitionen in die Erforschung von Bodenschätzen in den neunziger Jahren um mehr als das Vierfache auf 17,5 Prozent (494 Mio. US-Dollar 1998).

Das finanzielle Engagement der Weltbankgruppe im EI-Bereich schwankt stark. Seit einem Höchststand im FY 1998 mit über 1,8 Mrd. US-Dollar ist es rückläufig und betrug im FY 2002 noch etwa 500 Mio. US-Dollar. Zudem verlagerte es sich zunehmend von der Weltbank (IBRD und IDA), die stärker andere Sektoren wie Finanzdienstleistungen, Infrastruktur und *Human Development* förderten, auf die IFC, die Kredite für private Unternehmen vergibt. Auch hier ist der Anteil an der gesamten Kreditvergabe von 22 Prozent 1990 auf 6 Prozent 2001 zurückgegangen. Bei der Garantieagentur MIGA, die vor allem Projekte im Bergbau unterstützt, war der EI-Anteil ebenfalls rückläufig auf gegenwärtig 11 Prozent.

Seit Jahren gibt es breite und heftige Kritik an den sozialen und ökologischen Auswirkungen von Erdölindustrie und Bergbau. Dabei haben gerade Bevölkerungsgruppen wie lokale Gemeinschaften, indigene Völker, Frauen und Arme, die die negativen Auswirkungen am stärksten zu spüren bekommen, die geringsten Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten bei der Formulierung der Politik durch Weltbank, Staat und Konzerne. Unter den Empfängerländern sind zudem viele undemokratische, korrupte und instabile Regierungen wie DR Congo, Georgien und Tschad.

Der Einfluss der Weltbank auf die eigentlichen Akteure, also Regierungen und Unternehmen, ist einerseits begrenzt, etwa auf die Kreditverhandlungen und -konditionen. Besonders bei großen Ländern wie Indien, China und Südafrika ist ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen zudem gering. Andererseits ist sie als „*lead agency*“ vieler Projekte und als Absicherung gegen wirtschaftliche und politische Risiken noch immer weitaus bedeutsamer, als ihr sinkender finanzieller Anteil suggeriert. Ebenso hat sie, gemeinsam mit dem IWF, durch die Formulierung von Länderprogrammen (CAS) und Strukturanpassungsprogrammen weitreichenden Einfluss auf die Entwicklungsbedingungen und –richtung in den Empfängerländern.

2. „Striking a Better Balance“: Bericht und Entwicklungsproblematik

„Im Juni 2001 erhielt ich einen Anruf von James Bond“, berichtet Emil Salim, der frühere indonesische Umweltminister. Der damalige Weltbank-Direktor für Bergbau schlug Salim vor, eine Bestandsaufnahme der Weltbankaktivitäten im EI-Sektor durchzuführen. Damit wurde die Zusage von James Wolfensohn bei der Herbsttagung von IWF und Weltbank 2000 in Prag umgesetzt, in einem *Stakeholder*-Dialog den Beitrag der Weltbankpolitik im EI-Sektor zu Armutsminderung durch nachhaltige Entwicklung zu untersuchen. „Ich akzeptierte diese Aufgabe“, so Salim, „im Vertrauen darauf, dass die WBG ehrlich beabsichtigt, sich vom herkömmlichen „*Business as usual*-Ansatz“ zu verabschieden zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung, (...) mit Armutsminderung als wirtschaftlichem, der Verbesserung der Menschenrechte als sozialem und der Erhaltung der ökologischen Systeme als Umwelt-Ziel.“ Grundlage des Abschlussberichts (*Striking a Better Balance, Extractive Industrie Review Final Report*), den Salim Ende Januar an Wolfensohn übergab, sind unter anderem fünf regionale Workshops, sechs Studien, etwa zum Beitrag von Strukturanpassungsprogrammen zu nachhaltiger Entwicklung und zur Umwelt- und Sozialpolitik der Weltbank, mehrere Projektbesuche sowie zahlreiche Inputs via Internet (www.eireview.org). Bis Anfang Mai hat die Weltbankgruppe jetzt Zeit, zu dem Review-Bericht Stellung zu nehmen. 2005 soll ein internationaler Workshop die Umsetzung der Empfehlungen überprüfen.

Der Beitrag der extraktiven Industrien zu Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Entwicklung etwa durch Steuer- und Deviseneinnahmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Ausbau der Infrastruktur ist durchwachsen. Als volkswirtschaftlicher Segen hat sich der natürliche Reichtum nur in wenigen Ländern ausgewirkt. Ökonomisch enttäuschende Ergebnisse überwiegen, heißt es im Bericht. Und die negativen ökologischen, politischen, sozialen Auswirkungen sind oft erheblich.

Wirtschaftliche Entwicklung und Armutsminderung

So stellte die Evaluierungsabteilung der Weltbank fest, dass in den neunziger Jahren eine „negative Beziehung“ zwischen der Abhängigkeit von extraktiven Industrien und dem Wirtschaftswachstum bestand. 18 der rund 50 Entwicklungsländer, für die Erdöl, Erdgas oder Bergbau volkswirtschaftlich bedeutsam sind, gehören zu den hoch verschuldeten armen Ländern (HIPC), einige davon rangieren auf den untersten Ränge des UNDP-*Human Development Index*. Hohe private Gewinne oder Staatseinnahmen hatten vielfach keine armutsreduzierende Wirkung. Erdölförderung oder moderner Bergbau bieten kaum Beschäftigungsmöglichkeiten für ärmere, unzureichend qualifizierte Bevölkerungsgruppen. Umsiedlungen, nicht selten gegen den Willen der Betroffenen und ohne ausreichende Entschädigung, können insbesondere für indigene Bevölkerungsgruppen katastrophal sein. Vielfach wurden makroökonomische Ungleichgewichte verstärkt, etwa durch die Benachteiligung einheimischer gegenüber ausländischen Unternehmen oder durch die Abhängigkeit von stark schwankenden Rohstoffpreisen.

Umwelt und Gesundheit

Umweltschäden sind ein zentrales Problem des Abbaus und der Nutzung von Bodenschätzen: Wälder, biologische Vielfalt, Böden und Wasserressourcen werden zerstört. Durch den Verlust von Überlebensressourcen verstärkt sich in vielen Fällen die Armut. Abraum wird unkontrolliert abgelagert, Schwermetalle gelangen, etwa beim Goldabbau, in großem Umfang in die Natur und in die Nahrungskette. Schädigungen belasten Umwelt und Bevölkerung oft Jahrzehnte lang. Zahlreiche Abbau-Konzessionen erstrecken sich auch auf Schutzgebiete indigener Bevölkerungen oder reicher biologischer Vielfalt. Dazu kommt auf globaler Ebene der Beitrag fossiler Energieträger wie Kohle und Erdöl zum Klimawandel, von dem wiederum vorrangig ärmere Länder und Bevölkerungsgruppen negativ betroffen sind.

Neben den Auswirkungen von Umweltschäden auf die Gesundheit der Bevölkerung bestehen für die Beschäftigten in den extraktiven Industrien erhebliche direkte Gesundheitsgefährdungen. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass jedes Jahr etwa 14.000 Minenarbeiter durch Arbeitsunfälle sterben, viele weitere durch Chemikalien und andere Stoffe erkranken.

Menschenrechte, Gender, Arbeitsnormen

Erdölförderung und Bergbau sind vielfach mit erheblichen Menschenrechtsverletzungen und sozialen Verwerfungen verbunden, stellt der Bericht fest, unter denen insbesondere indigene Völker und Frauen leiden: Militär und Polizei sichern in vielen Fällen gewaltsam die Kontrolle von Unternehmen über ihr Konzessionsgebiet. Manche Unternehmen beschäftigen private Milizen. Bei Konflikten zwischen Unternehmen und Bevölkerung kommt es oft zu Einschüchterungsmaßnahmen, Entführungen, willkürlichen Verhaftungen, Folter, Vergewaltigung und Mord.

Vielfach werden die Rechte indigener Völker an Land oder Ressourcen ignoriert, der Schutz von Frauen gegen Diskriminierung und die Stärkung ihrer Position vernachlässigt, international anerkannte Arbeitsnormen wie die Kernarbeitsnormen (CLS) der ILO missachtet, Bevölkerungsgruppen zwangsweise umgesiedelt. Zudem tragen die häufig hochprofitablen Projekte zum Entstehen, zur Verschärfung oder zur Verlängerung von politischen oder ethnischen Konflikten oder gar Bürgerkriegen bei, in den Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

3. Das Versagen der Weltbank

Die entscheidenden Faktoren, ob der natürliche Reichtum Fluch oder Segen ist, so der Bericht, seien zum einen die Qualität von Regierungsinstitutionen und –politik, zum anderen die Beteiligung aller *Stakeholder* bei Reformen und Projektdurchführung (43). Hierbei habe die Weltbankgruppe trotz einiger Ansätze bislang unzureichend Unterstützung geleistet. „Die Weltbankgruppe scheint nicht in der Lage, Armutsminderung durch nachhaltige Entwicklung in der extraktiven Industrie wirksam zu ermöglichen und zu fördern“ (ES 6).

Reformprogramme der Weltbankgruppe zielten vorrangig auf die Förderung ausländischer, meist privater Unternehmen. Oft wurden Privatisierung und Liberalisierung durchgeführt, bevor wirksame gesetzliche und regulatorische Rahmenbedingungen existierten, um „Marktversagen zum Nachteil von Armen, der Umwelt oder der Wirtschaft zu begegnen“. Vielfach wurden durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen „mächtige Eigeninteressen“ geschaffen, die dem Staat eine Umsetzung überfälliger sozialer und ökologischer Maßnahmen erschweren. Insbesondere richtet sich die Kritik gegen IWF, IFC und MIGA, die erheblich geringere Standards als IBRD und IDA entwickelt haben, um schädliche soziale oder ökologische Auswirkungen von Strukturanpassungsmaßnahmen, privaten Investitionen und Garantieleistungen zu erfassen und zu verhindern. Die Projektfinanzierung von IFC und MIGA „hat Armutsminderung weder als Hauptziel noch als Ergebnis“ (18).

Gleichzeitig konnten die bestehenden „*Safeguard Policies*“ der Weltbank nicht sicherstellen, dass durch Projekte „kein Schaden entsteht“. Der „Anstieg von Umweltzerstörungen durch die signifikante Ausdehnung des EI-Sektors konnte durch die marginalen Verbesserungen im Umweltschutz, die durch die Weltbankhilfe erreicht wurden, nicht wett gemacht werden“ (26), urteilt der Bericht. Teils würden Schutzmaßnahmen nicht ausreichend umgesetzt, teils seien sie veraltet und ungeeignet. Deshalb „ist es kein Wunder, dass viele soziale Aspekte wie Gender, Menschenrechte und Gesundheit nicht angemessen berücksichtigt werden“ (43).

Während die Weltbank-Politik so einerseits erfolgreich Investitionen und Gewinne, Exporte und teilweise höhere Staatseinnahmen gefördert hat, wurden nicht genug Dämme gegen die sozialen, politischen und ökologischen Risiken gebaut. Die Folge: „Steigende Investitionen haben nicht notwendigerweise auch den Armen geholfen. Tatsächlich wurde durch

die Expansion der extraktiven Industrien vielfach die Armen und die Umwelt weiter bedroht“ (42).

4. Die Empfehlungen des Berichts

Eine der beiden zentralen Empfehlungen des Berichts ist denn auch, dass Bergbau und andere extraktive Industrien nur noch dann von der Weltbankgruppe gefördert werden sollten, wenn die notwendigen Voraussetzungen („*Enabling conditions*“) für ihren Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung gegeben sind. Hier nennt der Bericht vier Bereiche:

Governance: So müsse sichergestellt werden, dass Regierungen und Institutionen in der Lage sind, Risiken und Nebenwirkungen von Investitionen zu kontrollieren und ihren Beitrag zur Verringerung von Armut und zu einer nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten. Neben allgemeinen Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit, politische Stabilität, Anerkennung von Arbeitsnormen und Menschenrechten gehören dazu ganz spezifisch:

- Transparenz der Einnahmen aus dem Abbau von Bodenschätzen,
- Offenlegung von Projektdokumenten,
- Fähigkeiten, Einnahmen verantwortlich zu verwalten,
- Staatliche Regulierungsmöglichkeiten,
- Integration der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse.

Besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, dass lokale Bevölkerungsgruppen von Projekten profitieren. Eine Grundvoraussetzung dafür ist es, dass Unternehmen und Regierungen die Zustimmung der Betroffenen (*Free Prior Informed Consent*, FPIC) einholen, und die dafür notwendigen Informations- und Entscheidungsprozesse entwickeln. Außerdem sollte eine Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Einnahmen, die Einbeziehung von öffentlichen Gesundheitskomponenten und die *Capacity building* von Bevölkerungsgruppen gefördert werden.

Sozial- und Umweltpolitik: Notwendig sei zweitens eine Stärkung der Umwelt- und sozialen Komponenten von Interventionen der Weltbank im EI-Sektor.

- Extraktive Industrien sollten generell als Kategorie A eingestuft werden, also als Projekte, die voraussichtlich erhebliche negative Umweltwirkungen und Auswirkungen auf Gesundheit und schwächere Bevölkerungsgruppen haben. Damit wäre eine umfassende Prüfung der sozialen und ökologischen Auswirkungen (*Integrated Environmental and Social Impact Assessment*) verpflichtend.
- Vorhaben in Schutzgebieten, die die Weltbank bislang „unter besonderen Umständen“ unterstützt, sollten nicht mehr finanzierbar sein,
- Die Umsiedlungspolitik sollte weiterentwickelt und vollständig umgesetzt werden, insbesondere auch in Vorhaben von IFC und MIGA.

- Außerdem sollte die Weltbank Regierungen helfen, die Schäden und sozialen Konsequenzen früherer Projekte zu beheben, etwa zerstörte Böden zu regenerieren oder die Lebensbedingungen von Umsiedlern zu verbessern.

Sicherung von Rechten: „Die Weltbankgruppe und ihre Kunden sind nach internationalem Recht verpflichtet, alle Menschenrechte zu fördern, zu respektieren und zu schützen“, heißt es im Bericht (xi). Sowohl die Weltbank als auch Regierung und beteiligte Unternehmen müssten daher die Wahrung der Menschenrechte, der Rechte von Frauen und indigenen Völkern besser als bislang sicherstellen. Die vier Kern-Arbeitsnormen der ILO sollten als verbindlich anerkannt werden, Projekte in Konfliktgebieten für die Weltbank Tabu sein.

Institutionelle Reformen: Die Weltbankgruppe selbst muss ihre Prioritäten und Verfahren überprüfen um sicherzustellen, dass ihre Unterstützung für extraktive Industrie zu Armutsminderung und nachhaltiger Entwicklung beiträgt. Statt quantitativer Vorgaben für die Kreditvergabe, die leicht zu „*pressure to lend*“ führen, müssten qualitative Vergabeziele wie die Einhaltung von „*Safeguard Policies*“ und der Beitrag zur Armutsminderung gestärkt werden.

Umsteuern in der Energiepolitik: Zum zweiten macht sich der Bericht stark für eine energiepolitische Wende: Fossile Energieträger tragen erheblich zum Klimawandel bei, von dem wiederum vorrangig ärmere Länder und Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Gegenwärtig (2003) verwendet die Weltbankgruppe lediglich 6 Prozent ihres Energie-Portfolios für erneuerbare Energien. Der Bericht empfiehlt,

- keine neuen Projekte im Kohlebergbau zu finanzieren und Länder bei der Umstellung von Kohle auf weniger klimaschädliche Energieträger verstärkt zu unterstützen, wobei Erdgas als „Überbrückungs-Brennstoff“ stärker genutzt werden sollte,
- von 2008 an sollte die Bank keine Kredite mehr für die Ölförderung vergeben und bis dahin nur noch Erdöl-Projekte in ärmeren Ländern, die keine ausreichenden Alternativen haben, fördern,
- Stattdessen sollten nachhaltige Energiestrategien und erneuerbare Energien, ausgerichtet auf die Anforderungen ärmerer Bevölkerungsgruppen, stärker gefördert, Subventionen für fossile Energieträger abgebaut und das Budget für erneuerbare Energien um 20 Prozent jährlich steigern.

Emil Salim: Die Bank „sollte sich auf Aktivitäten konzentrieren, an denen der private Sektor nicht interessiert ist, und das sind erneuerbare Energien“ (ips, 2.2.04).

5. Widersprüchliche Reaktionen

Die Ergebnisse der Salim-Kommission, insbesondere die Empfehlung, die Finanzierung von Erdöl- und Kohleprojekten innerhalb von fünf Jahren zugunsten von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und –spar-

maßnahmen, auslaufen zu lassen, fordern die bisherige Interessenallianz aus Regierungen, Industrie und Weltbankgruppe heraus.

Die Bergbau-Lobby: Das zeigte sich zum einen an der Reaktion afrikanischer Bergbauminister Anfang Februar in Kapstadt. Der Review-Bericht löste verständlicherweise Unruhe aus, droht er doch mit einem Austrocknen von Finanzmitteln und mit strikteren Umwelt- und *Governance*-Normen. Ein Drittel der Erdöl produzierenden Länder und die Hälfte der Länder, die vom Abbau von anderen Bodenschätzen abhängig sind, sind in Afrika südlich der Sahara. Die versammelten Bergbauminister versicherten, die neue *African Mining Partnership* im Rahmen von NEPAD sei sich „der Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung, die wirksam zur Armutsminderung beiträgt, bewusst“.

Obwohl der Bericht der Industrie bescheinigt, teilweise höhere freiwillige Standards als IFC und MIGA zu haben, reagierte zum Beispiel der Unternehmensverband ICMM (*International Council on Mining and Metals*) scharf: Die Empfehlungen seien „teuer, unproduktiv und unrealistisch“.

Mangelnde Konsequenzen der Bank: Auch die Weltbank selbst lehnt in einer ersten Stellungnahme, die der *Financial Times* Anfang Februar zugespielt wurde, einen grundlegenden Kurswechsel in der Energiepolitik ab. Ein völliger Rückzug aus der Förderung fossiler Rohstoffe „würde kleinere und ärmere Länder benachteiligen und könnte zu schlechterer Qualität von Projekten und *Governance* führen“. Andererseits sei die Förderung von Erdgas und erneuerbaren Energien bereits eine bedeutende Komponente der Energiepolitik der Weltbank. Angekündigt wurde Ende Februar zudem ein Anstieg des Anteils von Erdgas an den Investitionen der Weltbank in fossile Energien in den kommenden drei bis fünf Jahren auf zwischen 30 und 50 Prozent.

Nach dem gleichen Schema werden auch die meisten anderen Ergebnisse und Empfehlungen abgelehnt. Entweder wird darauf verwiesen,

- dass „viele Reformvorschläge des Berichts längst umgesetzt“ seien wie Maßnahmen gegen Gender-spezifische Diskriminierung, die Anerkennung von Landrechten indigener Gruppen, eine umfassende Umweltprüfung von Strukturanpassungskrediten und mehr Unterstützung für informellen Bergbau oder Schutz der biologischen Vielfalt, oder
- dass ihre Umsetzung „in der Praxis unmöglich“ sei wie die Überprüfung von „*enabling conditions*“ vor Projektbeginn, eine Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an Einnahmen aus extraktiven Industrien oder eine informierte Zustimmung (FPIC) lokaler Bevölkerungen, was angeblich bestehende Gesetze und Interessen der Industrie verletzen und den Betroffenen praktisch ein „Vetorecht“ einräumen würde.

Zustimmung findet der Kommissionsbericht nur in wenigen Punkten. Dazu gehört die bessere Offenlegung von finanziellen Abmachungen zwischen privaten Unternehmen und Regierungen, eine Maßnahme, die dem Interesse der Weltbank an Korruptionsbekämpfung entspricht. Auch die Offenlegung von mehr Informationen über mögliche Projekt-Auswir-

kungen und die Bereitstellung von mehr Geld für den traditionellen, informellen Bergbau (siehe Kasten) wird akzeptiert.

Gleichzeitig werden Entlastungsversuche gestartet. Anfang Dezember 2003 schloss sich die Weltbank der *Extractive Industries Transparency Initiative* an, die im September 2002 beim Weltgipfel nachhaltige Entwicklung, WSSD, in Johannesburg vom britischen Premierminister Tony Blair gestartet worden war (*Worldbank News Release* No. 2004/180/S). Sie soll Entwicklungsländer und Unternehmen dazu bringen, sich freiwillig zu verpflichten, Einnahmen aus Erdöl, Erdgas und Bergbau offen zu legen. Dadurch sollen Korruption, Konflikte und Ungleichheit, die auf schwache Institutionen, fehlende Rechenschaftspflicht und Transparenz sowie unzureichende *Governance* zurückgehen, verringert werden. „Wir sind überzeugt, dass dieser Schritt die führende Rolle der Weltbankgruppe bei der Förderung von Transparenz, der Sicherung von Rechenschaftspflicht und beim Beitrag zu nachhaltiger Entwicklungswirkung unterstreichen und ausbauen wird“, verkündete Rashad Kaldany, Direktor der Weltbank-Abteilung für Erdöl, Gas, Bergbau und Chemie.

Die erste Stellungnahme des BMZ deckt sich weitgehend mit der Linie der Weltbank (www.bmz.de, 2.3.2004). In der wichtigen Frage der freien, informierten Zustimmung von Betroffenen (FPIC) unterstützt sie aber anscheinend die weitergehende Forderung des Berichts: Dieser „Grundsatz muss breite Geltung erhalten“. Außerdem plädiert sie ebenfalls für mehr Geld für erneuerbare Energien.

Prüfstein: Inzwischen ist der Streit um die Umsetzung der Empfehlungen in vollem Gange – einschließlich einer Kritik an Emil Salim und dem *Multistakeholder*-Verfahren unter seiner Leitung (FT 26.2.2004). Entwicklungsorganisationen wie *Friends of the Earth International*, das Netzwerk für erneuerbare Energien, SEEN, und *Oxfam* fordern eine vollständige Umsetzung, ebenso wie Salim selbst: „Das gesamte Paket gibt die Richtlinien vor, nach denen sich die Weltbank künftig an Projekten beteiligen sollte“ (FR, 05.03.2004). Das lehnt die Weltbank als „Alles oder Nichts-Position“ ab. Die Bundesregierung will sich dafür einsetzen, dass die Weltbank „konstruktiv reagiert“. Gleichzeitig wird die Review-Initiative nach früheren negativen Erfahrungen wie der partizipatorischen Analyse der Strukturanpassungspolitik, SAPRI, und der Welt-Staudammkommission WCD zu einem weiteren Prüfstein dafür, welchen Stellenwert und welche Verbindlichkeit *Stakeholder*-Reviews für die Weltbank haben – ob sie lediglich PR-Aktivitäten sind, oder wirkliche Konsequenzen für die Weltbankpolitik haben. „Eine vollständige Umsetzung ist der Lackmus-Text dafür, ob die Weltbank das *Stakeholder*-Engagement wirklich nimmt“, erklärt Steve Kretzmann, Kampagnen-Koordinator von SEEN.

(22.000 Zeichen)

Erschienen in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 1/März 2004

